



Arbeitszeitausgleich im Dienstroock?

Von Marko Grosa, Landesvorsitzender der GdP Thüringen



Marko Grosa spricht zur Demo vor dem Finanzministerium.

Foto: Kräuter

Bevor ich mich der Überschrift und der darin enthaltenen Frage widme, darf ich den Leitartikel zunächst dazu nutzen, mein Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, dass sich Kolleginnen durch meinen Monatskommentar in der März-Ausgabe sehr betroffen oder sogar diskriminiert fühlten. Es war gewiss nicht meine Absicht, jemanden zu diskriminieren. So verwende ich den Begriff „Miezen“ von Haus aus gern bei Damen, die ich eher angenehm empfinde. Eine Abwertung wäre für mich nur zu sehen, wenn Begriffe wie „Hühner“ oder gar noch größere Tiere Anwendung gefunden hätten. Insofern bitte ich zu entschuldigen, wenn sich jemand beleidigt gefühlt hat. Leider hatte ich auch zu schreiben vergessen, dass Zufälle mit real existierenden und in der Wirklichkeit handelnden Personen nur rein zufällig sind. Es stand daher keine Person im Mittelpunkt meiner Betrachtung, sondern lediglich der beschriebene Zustand. Diesen wiederum hat aber niemand bestritten. Dass es hier und da ein so aufgezeigtes Füh-

rungsproblem gibt, belegen die eingegangenen und pro den Artikel formulierten Zuschriften.

Jedem, der die vielen aktuellen Informationsblätter des Landesvorstandes gelesen hat, wird klar sein, dass wir derzeit alle Hände voll zu tun haben. So waren unsere Tarifverhandlungen schön eingebettet in die Novellierung des Dienstrechts inmitten der Polizeistrukturenreform und ein Ende ist noch nicht in Sicht. Allein für die Tarifverhandlungen darf man sich jetzt schon mal bei allen bedanken, die unsere Maßnahmen unterstützen.

Daneben bleiben die ganz alltäglichen Dinge, die uns weiter beschäftigen. So durfte ich mal einen Blick in den Schriftverkehr zwischen unserer Bereitschaftspolizei und dem Thüringer Innenministerium werfen, in dem es um den Einsatz einer Hundertschaft in München ging. Streitgegenstand sind diesmal die Bereitschaftszeiten außerhalb der aktiven Einsatzstunden. Es wurde außerhalb der Echtdienstzeiten kein Bereitschafts-

dienst angeordnet und so einfach wird aus der übrigen Zeit einschließlich der Dienstvor- und Nachbereitung „Freizeit“.

In gewissen Teilen kann ich die ministerielle Auffassung sogar nachvollziehen, die da lautet, wenn die Kolleginnen und Kollegen zu Hause schlafen, bekommen sie auch keine Bereitschaftsstunden zuerkannt. Mitunter ist so ein mehrtägiger Hotelaufenthalt auch mal was tolles! Jedoch ist die so genannte „Freizeit“ an einem entfernten Dienort doch etwas anderes. Alles, was sie wollen, können unsere Beamten dort schließlich nicht machen. Einmal ganz davon abgesehen, ob jemandem nach den vielen zusammenhängenden Dienststunden überhaupt noch nach Party ist, bleibt die Frage nach dem Wohin mit der Ausrüstung, den Führungs- und Einsatzmitteln und vor allem der Dienstwaffe. Die so genannte Freizeit ist also geprägt von einer Vielzahl an Aufenthalts- und Verhalten bestimmenden Anweisungen, die wiederum die Bewegungsfreiheit der Beamtinnen und Beamten nicht nur unerheblich einschränken. Manchmal ist da sogar noch der winzig kleine Makel, dass in Hotels untergebrachte Einsatzkräfte in aufgezeigten Bedrohungsszenarien einer gewissen Gefährdung unterliegen. Und dies alles soll für lau sein?

Vielleicht sollte man zu einer praxisnäheren Betrachtung dieser „Freizeit“ im Hotel, in der Nähe des Einsatzraumes, mal die andere Freizeit zu Hause, bei der Familie, gegenüberstellen. Dem Remonstrationschreiben der Bereitschaftspolizei begegnete das Thüringer Innenministerium in seinem Brief mit der Verwunderung über die bestehende Rechtsauffassung und mit dem Aufzeigen einer ganzen Reihe von Erlassen mit ihren Geschäftszeichen, die allesamt gewiss etwas Entscheidendes regeln. Nach einer Menge an genannten Terminen, wann und wo wer schon was erläutert hat, wird dann auch noch zum notwendigen Wohlver-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

halten aufgefordert. Damit bleibt die Abwesenheit vom heimatischen Wohnort aber noch immer „Freizeit“.

Allerdings wird auch eine gewisse innenministerielle Unzufriedenheit mit diesem Zustand deutlich, da unter anderem die Aspekte für ein „zugelassenes Schlafen“ Teil einer eigenen Anfrage an das Thüringer Finanzministerium sind. Was wir von dort jedoch zu erwarten haben, lässt sich schon heute vermuten. Die Finanzer werden schließlich nicht zur Unterstützung anderer Länder irgendwohin entsendet und deshalb bin ich mir nicht sicher, ob man uns im Finanzministerium nicht eher mit Montagearbeitern vergleicht, die auch nur am Wochenende nach Hause kommen? Auf der Grundlage der Bestimmungen der ThürPolAzVO haben wir jedenfalls in der Polizeiabteilung kaum noch mit einer Neuberechnung oder teilweisen Anerkennung der Ruhe- und eingeschränkten Freizeiten zu rechnen. Insofern sollte man den dazu aufgenommenen Rechtsstreit auch gelassen betrachten. Schließlich wird ein positiver Urteilsspruch nicht nur für Betroffene zu einem Rechtsanspruch. Ein Urteil wäre dann auch für das Thüringer Innenministerium eine Rechtsgrundlage, um solche Regelungen in das Arbeitszeitrecht aufzunehmen.

Euer Landesvorsitzender

Fachausschuss Verkehr hat beraten

Zu verschiedensten Artikeln der letzten Ausgabe DP 3-2011 erreichten mehrere Leserzuschriften die Redaktion, welche wir gern veröffentlichen.

Liebe Kollegen,
zum wiederholten Male habe ich eine Stellungnahme unserer Gewerkschaft zur beabsichtigten Strukturveränderung bei der Wahrnehmung polizeilicher Verkehrsaufgaben zur Kenntnis nehmen dürfen. Obwohl ich nunmehr das Amt eines Behördenleiters wahrnehme, habe ich meine Dienstzeit als Verkehrspolizist oder auch als Mitglied im Fachausschuss Verkehr unserer Gewerkschaft nicht vergessen. Zudem bin ich seit vielen Jahren als Dozent für Verkehrslehre an der VFHS Meiningen tätig und denke damit zu wissen, wovon ich rede.

Nach dem Lesen des Artikels kann ich mich des Eindruckes nicht erwehren, dass sich zwar einige unserer Gewerkschaftsmitglieder um die Interessen der verkehrspolizeilichen Arbeit redlich mühen, aber nicht so recht wissen, über was sie reden. Umso trauriger ist das für den Artikelverfasser, der im Hauptamt ja stellvertretender Dienststellenleiter der größten VPI in Thüringen ist. Wenn man schon Bedenken und damit verbundene Alternativen aufzeigt, sollte man sich bezüglich der Fachmaterie auch in der Tiefe befassen. Das ist leider nicht geschehen. Sodann wäre aufgefallen, dass es auch künftig Verkehrssicherheitsberater geben wird und die Unfallaufnahme und Verkehrsüberwachung schon immer Aufgaben der Polizeiinspektionen war.

Zur Unfallaufnahme so viel, hier liegt die Zuständigkeit der VPI rein im Bereich der BAB. Mitte der neunziger Jahre habe ich mich vehement gegen die Auflösung bis dato bestehender zentraler Unfallaufnahmekommandos bei den VPIen gewehrt, leider vergebens. Auch unsere Gewerkschaft war nicht unbedingt aktiv, hat vielmehr die Auflösung der VPI Saalfeld zur Kenntnis genommen. In diesem Kontext habe ich auch das notwendige Engagement einiger seit vielen Jahren im Fachausschuss tätiger Kollegen, die ich ungeachtet besagter Fachlichkeit persönlich schätze, vermisst.

Was soll das nunmehrige Gezeter um die vermeintlichen Defizite? Wenn man schon Kritik anbringt, sollte man diese auch mit konkreten Tatsachen unterlegen. Den damit einhergehenden Disput würde ich mich sodann gern stellen. Leider fehlen im Artikel solche Sachargumente. Ich kenne die Forderungen vieler Verkehrspolizisten, der Bedeutung der BAB besonderes Augenmerk zu schenken, auch aus Sicht der beson-

deren Gefahrenmomente auf der Autobahn und der damit verbundenen speziellen Ausbildung. Nunmehr liegt ein konkreter und aus meiner Sicht fachlich fundierter Strukturvorschlag vor, der wieder zerredet wird. Offenbar hat unser Fachausschuss die tatsächlichen Probleme vergessen, die wir auf der BAB haben, kleine Zuständigkeitsbereiche, Betreuung aus den Flächeninspektionen (siehe Saalfeld), ständige Unterstützungsersuchen zwischen den örtlich zuständigen Dienststellen. Liebe Kollegen, solch eine wie im Artikel geführte Diskussion wird uns nicht weiterführen. Vielleicht noch ein Hinweis zur Fachlichkeit. Hier sprechen wir von den sogenannten „3E“. Diese waren in ihrem Gesamtumfang noch nie alleinige Aufgabe einer VPI, sondern anteiliger Aufgabenbestandteil aller Dienststellen, bis hin zur PI ZD. Ich stelle einfach die Frage, was bringt uns die Auflösung von sieben VPIen und die Beibehaltung dargestellter Kleingliedrigkeit? Ich meine nichts. Zudem verwundert mich die Tatsache, dass ein Vertreter unserer Gewerkschaft sehr wohl am nunmehr kritisierten Vorschlag beteiligt war und keine Probleme sondern eher Vorteile sah. Ich kann mich des Eindruckes nicht verwehren, dass manch vermeintlicher Fachexperte bewusst den Kontakt und die Kommunikation zu denen vermeidet, die eine andere Auffassung haben. Vielleicht hat man auch ein wenig Angst, dass man sich eingestehen muss, doch nicht über das notwendige allumfassende Fachwissen zu verfügen. Das sollte doch aber nicht die Umgangsform in unserer Gewerkschaft sein. Aus langjähriger Erfahrung kann ich nur eines sagen, bei Fortgang dieser Feststellung können wir nur Verlierer sein. Und wir verlieren die Dienststellenleiter und Führungskräfte, die sich wirklich und im Interesse der Mitarbeiter mühen, da sie sich von Artikeln, wie dem vorliegenden, irgendwann brüskiert fühlen. In anderen Bundesländern konnte ich zumindest feststellen, dass in gewerkschaftliche Betrachtungen alle Laufbahnebenen einbezogen sind. Bei uns in Thüringen bedarf dies offenbar noch eines weiten Weges. Man muss doch endlich begreifen, dass auch dienstlich zu Stande gekommene Strukturvorschläge nichts Schlechtes sein müssen und an diesen ab und an Beamte des höheren Dienstes beteiligt sind, die selbst der Gewerkschaft angehören und dies nicht nur aus Sicht gewählter Versicherungsleistungen (Diensthaftpflicht). Ich hoffe, wir kommen baldigst zu einem Mit- und Füreinander.

*Mit freundlichen Grüßen
André Röder*



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Thüringen**

Geschäftsstelle:
Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
Telefon: (03 61) 59 89 50
Telefax: (03 61) 5 98 95 11

Redaktion:
Edgar Große (Vi.S.d.P.)
PD Jena
Am Anger 30
Telefon: (0 36 41) 81-15 88
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



Replik auf den Kommentar des Landesvorsitzenden „Leider profitieren alle!“

Sehr geehrter Herr Grosa, mit großem Bedauern habe ich Ihre verbale Entgleisung von den „zwei Personalmiezen“ in Ihrem Kommentar „Leider profitieren alle!“ im Landesteil Thüringen der Ausgabe Deutsche Polizei Nr. 3 März 2011 zur Kenntnis genommen.

Es ist mir unverständlich, wie ein erwachsener Mensch und ranghoher Vorgesetzter der Thüringer Polizei sich als Landesvorsitzender einer DGB-Gewerkschaft in einer derart diskriminierenden Weise öffentlich äußern kann.

In meiner mehr als 25-jährigen Mitgliedschaft in der GdP habe ich schon sehr viele qualitativ hochwertige Ausgaben unserer Gewerkschaftszeitung gelesen – aber diese Entwicklung des Landesjournals Thüringen stimmt mich doch sehr nachdenklich.

Es ist nicht nur ein Problem fehlenden Anstands, wenn Sie durch Ihren polemisierenden und diffamierenden Sprachgebrauch Mitarbeiterinnen unserer Polizei zu Objekten degradieren und so selbst zu einer Verschlechterung des Binnenklimas unserer Polizei beitragen.

Sie sollten auch bedenken, dass das Landesjournal auch außerhalb der Landesgrenzen aufmerksam gelesen wird – soll man Ihre Äußerungen dort wirklich als den Umgangston innerhalb der Thüringer Polizei ansehen?

Ich halte daher eine öffentliche Entschuldigung an gleicher Stelle für angemessen – und Sie?

*Mit freundlichen Grüßen
Michael Köster*

DP 3/2011 „Fachausschuss Verkehr hat beraten“

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Phase 2 des Projektes PSR war ich mit dem Arbeitspaket „API“ betraut. Und ja, ich bin voreingenommen!

Aber, beginnend mit der ersten Beratung waren auch die Vertreter der GdP –

als Mitglieder des HPR in die Arbeit eingebunden und bekamen alle Ergebnisse vorgelegt. Ich kann mich zu keinem Zeitpunkt an eine kritische Bemerkung oder abweichende Ideen erinnern, gegenteilig ernteten die Vorschläge Zustimmung durch die entsandten Kollegen. Vor diesem Hintergrund kann ich mich über die Ergebnisse des Fachausschusses Verkehr nur wundern.

Aus meiner fachlichen Sicht kann ich viele der im Bericht getätigten Aussagen nicht nachvollziehen. Die Masse der verkehrspolizeilichen Aufgaben – genannt werden Verkehrskontrollen, Verkehrsunfallaufnahme, Verkehrseinsätze – werden heute wie auch künftig durch die Beamten im ESD der Polizeiinspektionen erledigt. Insofern bleibt völlig unklar, wie der Fachausschuss zu seiner Einschätzung kommt, dass in der neuen Struktur „... die verkehrspolizeiliche Arbeit in den Schutzbereichen ... gegen Null tendiert.“ Ergänzend muss auch festgestellt werden, dass die erfolgreiche präventive Arbeit der Verkehrssicherheitsberater natürlich fortgeführt wird. Diese sind, mit Ausnahme der VPI Erfurt, schon immer in den Polizeiinspektionen beheimatet und mithin von der Auflösung der VPI'en nicht betroffen.

Politikberatung ist eine wichtige Aufgabe von Berufsvertretungen. Ich kann nur hoffen, dass sich mein Landesvorstand bei seinen Stellungnahmen zum Projekt PSR nicht nur von den Vorschlägen und (teilweise falschen) Thesen des Fachausschusses Verkehr leiten lässt.

*Mit kritischen Grüßen
Michael Zimmermann*

Winterhose für die Polizei Witz oder Wirklichkeit?

Als Besteller einer sogenannten Winterhose möchte ich meine Erfahrungen darlegen.

Es ist gar nicht einfach eine Winterdiensthose zu bestellen. Nachdem ich Kenntnis hatte, dass die Möglichkeit besteht, eine solche Hose zu bestellen, nahm ich dies in Angriff. Da wir ja erst im Jahr 2010 die blaue Dienstuniform erhielten und diese im Einkleidungshaus angemessen wurde und dann auch passte, dachte ich mir, dass ich doch auch bei der Bestellung die damals festgestellte Größe von 48 auch bei der Winterhose bestellen kann. Ich möchte noch erwähnen, dass ich weder

dicker noch dünner und auch nicht kleiner oder größer geworden bin. Also bestellte ich mir die Größe 48. Das muss ja passen. Als ich dann kurze Zeit später diese Hose erhielt und diese anprobierete, stellte ich mit Schreck fest, dass ich vermutlich doch in der Größe geschrumpft war. Oben passte ja das Ding, aber die Hosenbeine waren doch um einiges länger. Also erfolgte eine Nachfrage im Bekleidungshaus. Dort wurde mitgeteilt, dass die Hose von einer anderen Firma stammen würde als die Sommerhose und es dadurch auch in Größen zu Unterschieden kommt. Ja woher soll das denn der Bestellende wissen, dass die Hose von einem anderen Anbieter stammt? Also nochmal Rückfrage wegen der Feststellung der Größe. Jetzt sollte ich eine Kurzgröße 24 nehmen und das könnte ich aus der Tabelle entnehmen. Also schaute ich dort nach. Unter der Kurzgröße 24 stand dann als erstes die Körpergröße, Brustumfang und dann die Beinlänge. Da ich jedoch 176 cm groß bin, war ich unsicher und fragte nochmal nach, wie das denn mit der Körpergröße wäre, da ich ja wie gesagt 176 cm groß bin. Nach was sollte ich denn nun messen. Da sagte man dann, dass ich doch die Körpergröße weglassen sollte. Da wusste ich überhaupt nicht mehr was werden sollte. Also Hose zurück.

Dann bekam ich einen Anruf und man fragte wegen meiner Hose nach und wollte mir das erneut erklären. Es wurde aber auch gleich gesagt, dass die Größe 24 doch etwas länger sein könnte. Wenn dies der Fall sein sollte, könnte ich die Hose auf meine Kosten (Privat) ändern lassen. Ich glaube ich bin im falschen Film.

Weiterhin muss ich fragen, warum die Winterhose vom Bekleidungskonto abgezogen wird und nicht zur Grundausstattung gehört? Man hätte vorher mal nachdenken sollen, als man die blaue Uniform einführte. Vielleicht stammen die dafür Verantwortlichen ja aus südlichen Ländern und kennen keinen Winter. Man sollte sie einfach mal im nächsten Winter zu dienstlichen Maßnahmen (Streifendienst) einsetzen, damit sie sehen, dass es auch in Thüringen Winter gibt.

So Kollegen, lasst euch nicht entmutigen. Ich habe bisher auch ohne Winterhose Dienst gemacht und jeden Winter überstanden. Also schaffe ich auch noch den letzten.

Bevor ich jedoch schließe, möchte ich noch erwähnen, dass ich mal eine Anfrage über das Bekleidungshaus (Kummerkasten) hinsichtlich des Poloshirts gemacht habe. Dies wurde ja mal vorgestellt. Wenn du aber denkst, dass man eine Antwort bekommt, hast du falsch gedacht.



Rede des Landesvorsitzenden anlässlich der Tarifrunde 2011

Die Lebenshaltungskosten sind auch für alle Angehörigen der Thüringer Polizei deutlich gestiegen! Davon sind vom Fahrzeugpfleger bis zum Polizeidirektor alle gleich betroffen und deshalb gibt es die Forderung von 50,- Euro Sockelbetrag mehr in den Haushaltskassen unserer Kolleginnen und Kollegen!



Kreativität unserer Kollegen war gefragt.

Jeder, der sich einmal die Mühe gemacht hat, auch nur ansatzweise auszurechnen, was wir an Wachstum der Kosten für Miete, Strom, Gas, Wasser, Krankenkasse, Lebensmittel, Benzin oder Kindergartenbeiträge hinnehmen mussten, der weiß, dass die geforderten nur drei Prozent mehr Gehalt dies noch nicht aufwiegen!

Die Wirtschaft boomt und wir haben immer weniger in der Tasche!

In wenigen Jahren haben wir im schleichenden Stellenabbau in der Polizei bereits 600 Stellen verloren. Das hat zur Konsequenz, dass immer weniger Tarifbeschäftigte, Verwaltungs- und Polizeivollzugsbeamtinnen und Beamte immer mehr Aufgaben erledigen müssen! Dafür, meine Damen und Herren, bekommen sie aber keinen Cent mehr! Das Einzige, was durch die nicht mehr abreißende Dauerbelastung zunimmt, sind

psychische Erkrankungen und überdimensioniert krankheitsbedingte Ausfallzeiten!

Es ist deshalb eine Frechheit, von überzogenen Forderungen zu sprechen, wenn wir gerade einmal das einfordern, was uns weggenommen wurde! Und da rechnen wir Ihnen noch nicht einmal das Geld vor, was der Freistaat aus seinen Beschäftigten mit der Heraufsetzung auf die 42-Stunden-Woche herausgepresst hat, wie den letzten Saft aus einer bereits getrockneten Zitrone!

2009 waren wir mit unseren Tarifforderungen maßvoll, 2011 ist das Maß voll!

• Eigentlich ist es ja lächerlich, dass man die zeitgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen und Beamten überhaupt fordern muss! Die Beispiele der Vergangenheit zeigen aber, wie es um das Selbstverständnis auf der Arbeitgeberseite bestellt ist und

nur deshalb gibt es diese Forderung mit der klaren Aussage: „Auch die Beamtinnen und Beamten sind öffentlicher Dienst!“, und es ist völlig unnötig, dies erst wieder umfangreich prüfen zu lassen!

- Wir fordern die Öffnungsklausel für Altersteilzeitregelungen in regionale Tarifverhandlungen hinein, weil auch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu einer mehr oder weniger willkürlichen Ländersache geworden ist.
- Wer den Gesundheitszustand unserer Kolleginnen und Kollegen kennt, der weiß, dass man nicht über das 60. Lebensjahr hinaus auf einem Funkstreifenwagen Dienst verrichten kann! Es führt auch zu keiner Einsparung, den lebensälteren Beamten mit seiner höheren Besoldung zu behalten und dafür auf einen jungen Beamten, mit einem viel geringeren Einkommen, zu verzichten! Und es darf niemals heißen: „Mein arbeitsloser Enkel bringt mich im Rollstuhl zum Dienst!“
- Wir wissen, dass man die Beamten nur zu einer freiwilligen Pensionskürzung zwingen will und wir fordern deshalb mehr Offenheit zu dieser Wahrheit! Deshalb ist es wichtig, dass wir schon jetzt parallel zu den Stellungnahmen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit die Angebote für akzeptable Vorruhestandsregelungen kennen und diskutieren können!
- Am schwersten wird sich unser Arbeitgeber mit der angestrebten Laufzeit von 14 Monaten tun. Davor hat man berechtigt Angst und am liebsten würde man uns alle klein und klein in eigene Tarifverhandlungen verzetteln!
- Wir werden aber alles daransetzen, dass wir künftig wieder mit denen zu gemeinsamen Aktionen aufwarten können, deren Arbeitsniederlegung sich sofort auswirkt und die dazu im Stande sind, ganze öffentliche Systeme zum Erliegen zu bringen. Wir müssen noch besser zeigen können, wie sich unsere Maßnahmen auf den Staat auswirken, damit die Politiker sehen, wie wichtig der öffentliche Dienst ist!

Die Polizeibeamten dürfen ja nicht streiken. Mit diesem Satz lehnen sich viele politisch Verantwortliche in diesem Land entspannt zurück!



TARIFRUNDE

Die Wahrheit preiszugeben ist aber kein Streik! Leider haben wir noch zu viele Leiter von Dienststellen, die noch zu viel Angst vor Repressalien oder vor einer Versetzung an das andere Ende des Landes haben. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss aber Schluss sein!

Nur wenn wir die Wahrheit aufzeigen und die Improvisationen einstellen, können die Bürgerinnen und Bürger und die Politiker erfahren, was wir für sie heute schon nicht mehr leisten können!

In der Landesregierung haben wir leider nur Einzelkämpfer für die innere Sicherheit, die anderen halten uns den Rücken frei, in dem sie nicht hinter uns stehen!

In der Landesregierung haben wir leider nur Einzelkämpfer für die innere Sicherheit, die anderen halten uns den Rücken frei, indem sie nicht hinter uns stehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- wenn ein Fahrzeug nicht mehr gewaschen und von innen gereinigt werden kann, weil kein Personal mehr dafür da ist, dann muss es eben stehenbleiben!
 - wenn der Schnee die Ausfahrt versperrt, weil es keine Hausmeister mehr geben soll, dann kann der Funkwagen eben nicht mehr ausrücken!
- Wenn wir das Personal für eine ordnungsgemäße Kontrolle im Gewahrsamsraum nicht mehr haben, dann dürfen wir eben niemand mehr in Gewahrsam nehmen!

Es kann und darf nicht sein, dass sich ein Strafverfahren gegen den kleinsten Verantwortlichen in einer Polizei richtet, der wegen fehlender Leute vor Ort einfach nicht besser handeln konnte! Ein Strafverfahren, meine Damen und Herren, muss sich dann gegen die Verantwortlichen dieses Hauses richten, die die Weichen dafür gestellt haben, dass wir uns heute schon viel zu oft in einer solchen Handlungssohnmacht befinden!

- Wir wünschen den politisch Verantwortlichen zwar nicht, dass ihnen hoffentlich bald etwas passiert, wofür sie unsere Unterstützung brauchen! Aber ich verlange, dass keiner dieser Personen eine Extrawurst gebratenbekommt!
- Die sollen genauso schnell und genauso intensiv mit der Bearbeitung ihres Anliegens dran sein wie der normale Bürger, damit sie einmal sehen, was wirklich los ist in der Thüringer Polizei!

Heute werden mangels eigener Hausmeister die Rabatten vor Polizeigebäu-



Grosa (GdP) und Wolf (GEW) legten die Standpunkte ihrer Mitglieder dar.

den auch schon mal von anliegenden Kommunen mitgepflegt. Aber auch das müsste aufhören, meine Damen und Herren Kommunalpolitiker, weil die Verwahrlosung des optischen Zustandes der Polizeiliegenschaft auch ein reelles Bild über den Zustand im Inneren der Polizei widerspiegelt!



Lautstark wurde den Forderungen der Gewerkschaft Nachdruck verliehen.

Dass wir uns nach dem Versagen der Politik in der Nähe von Castor-Transporten bestrahlen, bespucken und mit Schottersteinen bewerfen lassen, zehrt genau so viel Kraft, wie die Tatsache, dass wir mit immer weniger Personal allein innerhalb der letzten zwei Jahre eine Mehrung um fast 300 Einsätze zur Absicherung von Groß- und Sportveranstaltungen hinnehmen mussten!

Diese Events werden ins Leben gerufen, ohne dass man uns vorher fragt, ob wir zum Termin überhaupt über ausreichend Kräfte verfügen!

An Stelle den nur noch verbliebenen Polizeivollzugsbeamten, die dort ihre Haut zu Markte tragen, einmal zu dan-

ken, lassen Sie, Herr Finanzminister, gerade beschließen, dass es im Frühjahr wieder keine Beförderungen geben wird!

Dafür sollten Sie sich schämen!

Lieber Finanzminister, wenn es Ihr Ziel ist, unsere bislang noch funktionierende Polizei kaputtzusparen, dann gehen Sie bitte wieder nach Sachsen! Hier in Thüringen lassen wir keine weiteren Personalstreichungen und Kürzungen im Leistungsvermögen und in der Motivation unserer Thüringer Polizei zu!

Die Gewerkschaft der Polizei sieht ihren Auftrag auch darin, aufzupassen, dass niemand mit der inneren Sicherheit im Freistaat Thüringen leichtfertig umgeht! Das sind wir unseren Mitgliedern und selbst den noch nicht bei uns organisierten Kolleginnen und Kollegen schuldig! Aber wir sehen es auch als unsere Aufgabe und Verpflichtung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern!

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik ist jenseits von Gut und Böse!

Wir – als Polizei – genießen immer noch das höchste Ansehen und Vertrauen.

Wir wollen und werden Sie nicht enttäuschen!

Liebe Bürgerinnen und Bürger, wir bitten Sie! Helfen Sie uns, mit ihren Beiträgen in den Medien und Ihrem Appell an die Politik, dass die Polizei bei all den Sparmaßnahmen nicht unter die Räder kommt! Helfen Sie uns, damit wir Ihnen auch zukünftig noch helfen können!

Vielen Dank dafür!



„KLEINES Führungsseminar – ein GROSSER Erfolg

Vom 13. 2. bis zum 16. 2. 2011 fand in Brakel (Kreis Höxter), im Osten von Nordrhein-Westfalen, das kleine Führungsseminar der JUNGEN GRUPPE (GdP) statt. Ganz oben auf der Liste der zu behandelnden Themen stand ein länderübergreifender Erfahrungsaustausch. Die Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Bayern, Berlin und Baden-Württemberg kamen alle mit unterschiedlichen Ansprüchen und persönlichen Motivationen nach Brakel.

Sie wollten hinter die Kulissen der Arbeit in der GdP blicken, wollten Informationen erhalten, wie sie besser mitreden können – sie wollen nicht mehr alles einfach hinnehmen – sie wollten lernen, gezielt gewerkschaftlich zu helfen und zu unterstützen, quasi die Grundlagen schaffen, um gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Sie wollten wissen, wie die JUNGE GRUPPE (GdP) in den Dienststellen weiter etabliert werden kann, wie sie an sie gestellte Fragen richtig und sicher beantworten können, wie sie die Wünsche der Mitglieder nach außen kommunizieren können und wie sie jungen Kolleginnen und Kollegen aufzeigen können, wie wichtig es in der heutigen Zeit ist, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Werden alle Punkte zusammengefasst, kann mit gutem Gewissen gesagt werden, sie wollten all das lernen, was die Qualität in der JUNGEN GRUPPE (GdP) erhöht, damit ihr weiterhin der Stellenwert zugeschrieben wird, den sie verdient. Eine Gewerkschaft, die für die Sorgen und Nöte junger Kolleginnen und Kollegen einsteht.

Die beiden Seminarleiter Dietmar Michael und Torsten Rohde gaben den Teilnehmern jederzeit die Möglichkeit sich einzubringen und ihre persönlichen Ansprüche an diese vier Tage zu formulieren. Nach einer gekonnten Einführung in die Geschichte und die allgemeinen aktuellen Aufgaben der Gewerkschaft der Polizei ging es in die Tiefe und es wurden diverse Probleme angesprochen und behandelt.

Wie in jedem demokratischen und politischen Vorgehen spielt der Prozess der Veränderung die herausragende Rolle.

In Gruppen Entscheidungen zu finden ist häufig leichter gesagt als getan, so dass man sich hier Erfahrungen austauschen konnte, um zukünftig leichter seine Meinung vertreten zu können.

Aber auch die Konfliktfähigkeit wurde gezielt beleuchtet und unter Teilnehmern thematisiert, bis dann schließlich der letzte große Baustein, die Rhetorik, in Angriff genommen wurde. Anschließend hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch Zeit, eigene Projekte vorzustellen und länderspezifische Ideen zum Thema Einstellung und Ausbildung zu präsentieren.

Darüber hinaus wurde auch geklärt, warum Führen in unserem gewerkschaftlichen Zusammenhang bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. Jeder hatte an diesem Punkt etwas zu sagen und eine länderübergreifende, konstruktive Diskussion brach los. Des Weiteren konnten sich alle Seminarteilnehmer in Diskussionsrunden darüber äußern, warum es so wichtig ist, als gesellschaftspolitische Kraft gewisse Ziele zu verfolgen und dadurch das Vertrauen der GdP bundesweit mehr und mehr zu etablieren. Der Tatsache, dass die GdP die gebündelte Stimme der Polizei in Deutschland darstellt, kam in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Bedeutung zu. Allen wurde schnell bewusst, dass sich hier im Hotel Kaiserbrunnen eine Menge motivierter Leute getroffen haben, um Anliegen zu besprechen und sich auszutauschen.

Im weiteren Verlauf wurde analysiert, warum es wichtig ist, als Mitglied der JUNGEN GRUPPE (GdP) die Bereitschaft zu zeigen, sich bei manchen Themen auch mal die Zunge zu verbrennen. Denn mit dem Vorwurf, sich als zahnloser Tiger abstempeln zu lassen, der lieber davonläuft, als sich bestimmten Gegebenheiten zu stellen, konnte sich keiner der Anwesenden identifizieren. Alle waren sich letztendlich einig, dass JUNGE GRUPPE (GdP) stattfinden muss und an erster Stelle das Ziel zu verfolgen ist, aus Beitragszahlern Mitglieder zu machen.

Dass dieses Vorhaben nicht nur in der Neuerung eine gewichtige Rolle spielt, sondern auf die langfristig angelegte und richtige Betreuung der Gewerkschaftsmitglieder in der Fläche abzielt, steht außer Frage.

So fand ein länderübergreifender Austausch von Ideen und langfristigen Zielen statt, die jeden Seminarteilnehmer noch mehr motivierte, etwas zu bewegen. Denn eines ist klar, in diesen vier Tagen konnte man das überall publizierte und beworbene Gemeinschaftsgefühl leben. Neben den sehr gut organisierten und doch positiv anstrengenden Tagesabläufen kam es zu weiteren Diskussionen im Nachgang. Die sehr gute Verpflegung im hoteleigenen Restaurant trug dazu bei, dass auch direkt nach dem Festmahl bei einem Nachschicht interessante Gespräche geführt wurden und der Inhalt am nächsten Tag direkt auf der Tagesordnung landete.

Leider wurde allen sehr schnell bewusst, dass es unmöglich ist, das Aufkommen vieler Ideen und Anregungen bis ins kleinste Detail zu diskutieren und zu bewerten. Dazu fehlte auch bei noch so intensiver Vorbereitung und Selektion einfach die Zeit.

Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, kam es zu dem einen oder anderen Treffen in der Hotelbar, wo neben der Möglichkeit, das eine oder andere Getränk zu konsumieren, auch das Kegeln und Dartspielen eine sehr angenehme Abwechslung darstellte.

Im Großen und Ganzen kann das Fazit dieser Veranstaltung nur lauten: Länderübergreifende Netzwerke zu pflegen, sich in Zukunft miteinander vermehrt auszutauschen und darauf zu hoffen, alsbald die Möglichkeit einer Fortsetzung zu bekommen. Denn Bildung ist das höchste Gut, das wir besitzen und hieran müssen wir als JUNGE GRUPPE (GdP) weiter festhalten. Deshalb nutzt selber die diversen Seminare, bringt euch ein und seit konstruktiv, denn

„Der Langsamste, der sein Ziel nicht aus den Augen verliert, geht noch immer schneller als jener, der ohne Ziel herumirrt.“

Zitat von Gotthold Ephraim Lessing

Johannes Schwarz



Gutes Ergebnis der Tarifverhandlungen 2011

Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder beendet – ein gutes Ergebnis

Mit einer Einkommensverbesserung im Volumen von 2,3 Prozent in diesem Jahr und 2,8 Prozent im kommenden Jahr hätten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Zielmarken, einen Inflationsausgleich zu erreichen und Reallohnverluste zu verhindern, übertroffen.

Arbeitgeber und Gewerkschaften einigten sich auf folgende Eckpunkte:

- 360 Euro Einmalzahlung spätestens bis zum 31. Mai 2011, Auszubildende erhalten 120 Euro,
- zusätzlich eine lineare Gehaltserhöhung um 1,5 Prozent ab 1. April 2011, Das entspricht in der Jahreswirkung einem Plus von 2,3 Prozent.
- Ab 1. Januar 2012 eine weitere lineare Erhöhung um 1,9 Prozent plus 17,00 Euro (Auszubildende 6 Euro)

Dies entspricht einer Erhöhung von 2,55 Prozent.

- Ebenfalls wurde vereinbart, dass zum 1. Januar 2012 eine modernisierte Regelung zur Eingruppierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder in Kraft tritt. Dazu gehört, dass Bewährungsaufstiege bis zu sechs Jahren direkt bei der Eingruppierung berücksichtigt werden.



Gemeinsam mit der GEW vor dem TFM.

Foto: Kräuter

Diese Tarifergebnisse sind nach den Verhandlungen als Kompromisslösung erreicht worden. Sie kommen einerseits den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes entgegen, andererseits werden sie den Landeshaushalt nicht überfordern.

Der Forderung der Gewerkschaften nach einer Öffnungsklausel, um auf Landesebene über Altersteilzeitregelungen verhandeln zu können, wurde entsprochen

Wir fordern die Landesregierung auf, das ausgehandelte Tarifergebnis umgehend zeit- und inhaltsgleich auf die Thüringer Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Gleichzeitig wiederholen wir unsere Forderung an die Landesregierung, für alle Beamten die sofortige Rückkehr zur 40-Stunden-Woche zu beschließen.

Auch wenn andere gesellschaftliche Höhepunkte wie 100 Jahre Frauentag und Karneval in dem Zeitfenster der Tarifverhandlungen lagen, war die Beteiligung an den geplanten Aktionen seitens unserer Mitglieder nicht zufriedenstellend. Wer, wenn nicht wir, soll für unsere Forderungen streiten? Jeder auf seinem Platz und mit seiner Person.

Das gute Ergebnis wurde nicht zuletzt durch die engagierte und zahlreiche Beteiligung der Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erreicht. Ihnen gilt an dieser Stelle ein großer Dank für die Unterstützung. *mp*

Anzeige

TAUSCHPARTNER GESUCHT

Ich bin Angehöriger der Bayerischen Landespolizei und verrichte meinen Dienst in der Dienstgruppe der PI Erlangen-Stadt (Raum Nürnberg/Erlangen/Fürth). Ich suche einen Tauschpartner aus Thüringen zum nächstmöglichen Termin. Tausch nach ganz Bayern möglich. Bei Interesse oder Fragen einfach melden. thomas.eichhorn@polizei.bayern.de oder 01 76/22 98 55 96.

NACHRUFE



Nach schwerer Krankheit verstarb im Alter von 64 Jahren unser Mitglied

Fred Herold

Er war im Gewerkschaftsleben der Kreisgruppe Gotha immer sehr aktiv und engagiert.

Wir sind sehr betroffen und werden ihn stets in Erinnerung behalten.

Der Seniorenvorstand



Nach schwerer Krankheit verstarb im Alter von 57 Jahren unser langjähriges Mitglied

Manfred Klenk

In tiefer Betroffenheit trauern die Mitglieder der Kreisgruppe Gotha.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Seniorenvorstand





Sicherstellung in der Polizei (z. B. Waffen, Kfz, IT, Hausmeister)

... in Sachsen-Anhalt

Wer kennt ihn nicht, den fleißigen Hausmeister, der alle Reparaturen und andere notwendige Dienste kurzfristig durchführt. Das ist aber längst Geschichte. Die Stellen wurden gestrichen und sind auch nicht mehr im Kassenanschlag vorhanden. Eine Fremdfirma führt nun Hausmeisterdienste, nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung, durch. Der Vertrag ist meist eng gestaltet. So muss selbst für kleine Malerarbeiten eine erneute Ausschreibung erfolgen. Ein Service war auch die „Putzfrau“. Der heutige Reinigungsdienst beschränkt sich auf die Reinigung der sanitären Anlagen und der Fußböden. Fenster sind da schon ausgenommen und werden oft nur einmal im Jahr über eine „Fensterputzfirma“ gereinigt. Selbst im Innenministerium werden aus Kostengründen nur die Fenster zur Straßenseite geputzt. Die Polizei hat ja bekanntlich auch viele Dienstfahrzeuge, die Sonder-Kfz mal ausgenommen. Hier gab es mal eigene Werkstätten für die Reparaturen. Mit Einführung der Leasingfahrzeuge wurden diese Werkstätten nach und nach abgebaut. Für die größte Polizeidirektion in Sachsen-Anhalt gibt es offiziell noch einen Sachbearbeiter Technik Kraftfahrzeuge und zwei Kollegen als Fahrer/Wagenpfleger. Bei kleinen und großen Problemen wird nun die Vertragswerkstatt von VW oder Mercedes aufgesucht. Einen kleinen Vorteil gibt es noch, da es einige Kollegen gibt, die früher solche Aufgaben wahrnahmen. Diese werden entsprechend eingesetzt und helfen wo sie können. Es wird sicherlich spannend, wenn auch die Telekommunikation komplett ausgelagert wird. Das Technische Polizeiamt hat drei Hauptfelder zu bestreiten, zum einen die Zentrale Bußgeldstelle, Informationstechnologie und Interne Dienste/Zentrale Logistik/Kampfmittelbeseitigungsdienst. Einen Einlasskontrolldienst gibt es natürlich auch. Die Uniformen ähneln unseren neuen blauen Kleidungsstücken. Es sind aber keine älteren Kollegen, die das durchführen, sondern eine Sicherheitsfirma. In den Landrevieren wird der Bürger nun meist durch den Dienstgruppenleiter in Empfang genommen. In der Landesbereitschaftspolizei und in der Staatskanzlei erblickt man dann wieder Kollegen.

Jens Isensee

... in Thüringen

In der Thüringer Polizei war man vor Jahren stolz zu verkünden, dass als Ergebnis des ad acta gelegten Projekts „Optopol“ das Polizeiverwaltungsamt aufgelöst wird. Die verschiedenen Bereiche wurden auf mehrere Dienststellen verteilt. Heute gesteht man sich ein, dass diese Auflösung ein Fehler war. Gute Erfahrungen mit der Einbeziehung von Nutzern und Personalvertretern bei der Entscheidungsfindung in Fragen Leistungsbeschreibungen und Funktionalität bei Beschaffungsmaßnahmen gerieten in Vergessenheit mit dem Ergebnis, dass beschaffte Technik kritisch und unnötig hinterfragt werden musste. Ursachen sind unklare Abgrenzung der Wahrnehmung der Verantwortlichkeit zwischen einzelnen Referaten im Innenministerium und Entscheidungsträgern für die Beschaffung sowie mangelnde Abstimmung bei laufenden Prozessen. Die Privatisierung bestimmter Dienstleistungsbereiche schreitet voran, so wurde z. B. das Küchenpersonal am Bildungszentrum in Meiningen einer anderen Aufgabe zugeführt. Die nunmehr privat betriebene Kantine sieht sich mit Kritik an Qualität und Quantität der Mahlzeiten konfrontiert, obwohl der Verpflegungssatz überraschend kurzfristig erhöht wurde. Da auch die Zahl der Tarifbeschäftigten immer kleiner wird, werden Einlass- und Kontrolldienste in polizeilichen Einrichtungen privatisiert, um das dort vorhandene Personal für andere logistische Dienstleistungen einsetzen zu können und so vorhandene Lücken zu stopfen. Ein Pool von Logistikarbeitern betreut mitunter den Schutzbereich einer ganzen PD von einem Standort aus. Anstatt Verwaltungsbeamte einzustellen oder Tarifbeschäftigten höherwertige Tätigkeiten bei entsprechender Vergütung anzuvertrauen, werden notwendige Aufgaben auf immer weniger Beschäftigte verteilt. Die Arbeitszufriedenheit sinkt und die Krankenstände steigen. Werden diese Stellen nicht von Tarifbeschäftigten nachbesetzt, müssen Vollzugsbeamte diese Tätigkeiten wahrnehmen, die dann wiederum beim Dienst am Bürger fehlen. Im Rahmen des Projekts „Polizeistrukturreform“ sollten auch diese Aspekte betrachtet werden, da sonst die Funktionsfähigkeit der Polizei in den nächsten Jahren gefährdet ist.

Hans-Jürgen Stahn

... in Sachsen

Nach mehreren Untersuchungen von Unternehmensberatungen, Reformen und Umstrukturierungen sind seit 2005 mit der Auflösung der Polizeipräsidien grundsätzlich alle Dienstleistungsbereiche der Landespolizei in der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste zusammengeführt worden. Dazu gehören neben der Sonderversorgung, der Heilfürsorge und dem Ärztlichen Dienst auch die Fachkräfte für Arbeitssicherheit sowie die Werkstätten für WuG, IuK und Kfz. Es werden dazu in den Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz regionale Außenstellen vorgehalten. Weiterhin unterhält diese Dienststelle zurzeit noch eine kleine Kfz-Bereichswerkstatt in Plauen, um die Betreuung des Vogtlandkreises zu ermöglichen. Eine zweite Bereichswerkstatt wurde Ende 2010 geschlossen, um dem politischen Willen der Erhöhung der Auftragsvergabe in die freie Wirtschaft Rechnung zu tragen. Im Jahr 2007 erfolgte die Überführung der Kfz-Werkstätten der Bereitschaftspolizei in die LPD ZD. Nach einem beschlossenen Werkstattkonzept von 2009 sollen zukünftig bis zum Jahr 2017 schrittweise weitere Fremdvergaben von Werkstattleistungen im Kfz-Bereich, bei gleichzeitiger Gewährleistung der Daseinsvorsorge, realisiert werden. Zu diesem Zeitpunkt sollen nur noch drei große Werkstätten ihren Dienst tun. Die personelle Besetzung in allen Bereichen durch Überalterung und Einstellungsstopp ist alles andere als ideal. Die Zeit, in der Haushandwerker die notwendigen Kleinreparaturen erledigten, sind vorbei. Hausmeister versuchen, meist mit Verantwortlichkeit für mehrere Objekte, das Notwendigste zu realisieren, was Privatfirmen an Qualität vermissen lassen bzw. was sofort zu erledigen ist und nicht den langen Weg über den Staatsbetrieb Immobilienmanagement oder Fremdfirmen abgefordert werden kann. Fahraufträge und Kurierdienste werden von Kraftfahrer-pools erledigt. Die Leistungen dieser Beschäftigten können nicht hoch genug bewertet werden. Sie als personelles Einsparpotenzial anzusehen, käme Sachsen insgesamt teurer zu stehen. Viele Dinge weiß man erst zu schätzen, wenn man sie nicht mehr hat (BePo-Küchen)!

Jörg Günther

